

## Mit der Zwangsjacke zu 100% Bio?

Gemäss dem Postulat der Freien Liste, welches im bevorstehenden November-Landtag behandelt wird, soll die hiesige Landwirtschaft zu einem Bio-Suisse-Anteil von 100% gezwungen werden.



Manfred Kaufmann  
VU-Abgeordneter

Für mich ist die Anforderung einer Totalumstellung auf 100 % Bio in Liechtenstein nur auf den ersten Blick nachvollziehbar. Was als «gut gemeint» daherkommt, entpuppt sich am Ende als Ansatz zu einer Zwangswirtschaft. Auf der einen Seite ist das freie Unternehmertum in Liechtenstein ein hoher Wert. Auf der anderen Seite hat die Agrarpolitik in den letzten Jahrzehnten viel dafür getan, die Landwirte mit zahlreichen Liberalisierungsschritten dieser Entscheidungsfreiheit näherzubringen. Daher stünde eine angeordnete Umstellung der liechtensteiner Landwirtschaft gegen den Zeitgeist.

### Konsumenten bestimmen

Der Erfolg einer 100-prozentigen Umstellung hängt nicht nur von der Landwirtschaft ab. Schlüsselfaktor zum Erfolg eines Biolandes Liechtenstein wäre die Bereitschaft der liechtensteiner Konsumenten, für liechtensteiner Lebensmittel höhere Preise als bislang zu zahlen. In diesem Fall dürften die Konsumenten



Eine Annahme des FL-Postulats würde am Ende Zwangswirtschaft bedeuten, sagt der VU-Abgeordnete Manfred Kaufmann.

Foto: Daniel Schwendener

tinnen und Konsumenten kaum bereit sein, auf konventionell erzeugte Importware umzusteigen. Die Vorhersage des Preisniveaus ist dabei eine schwierige Fragestellung. Würden die Biopreise nach einer Totalumstellung stabil bleiben, würde das durchschnittliche landwirtschaftliche Einkommen steigen. Dies würde allerdings voraussetzen, dass die Konsumenten

auf Bioprodukte und nicht auf importierte Lebensmittel umsteigen. Das umgekehrte Szenario wäre eine Verbraucherschaft, die nicht bereit ist, die heutigen Biopreise zu bezahlen, sondern eher auf Importware umsteigt. Dann würden die Biopreise auf das heutige Niveau der Landwirtschaft mit ökologischem Leistungsnachweis (ÖLN) fallen, was Einkommenseinbussen

des Durchschnittsbetriebs zur Folge hätte.

### Unterstützung lokaler Wirtschaft

Zudem ist die Nachfrage nach regionalen Produkten gegenüber der Nachfrage nach Bioprodukten stärker gestiegen. Ganz einfach weil regionale Produktion nachhaltiger ist. Konsumenten verbinden mit regionalen Lebensmitteln

ein verbessertes Sortiment und Unterstützung für die lokale Wirtschaft – viele verbinden damit auch Engagement für die Umwelt. Dazu zählen die kurzen Transportwege der regionalen Produktion. Mit einer 100-prozentigen Umstellung auf Bio könnte diese Nachfrage im konventionellen Bereich nicht gedeckt werden.

### Umstellung finanziell fordernd

Ein letzter aber nicht weniger wichtiger Punkt, der eine flächendeckende Umstellung sicher erschweren und für den Staat verteuern würde: Viele Umstellungsbetriebe, die zwar die gleichen Auflagen zu erfüllen hätten wie Biobetriebe, aber nicht in den Genuss der gleichen Preise kämen, würden ökonomisch an ihre Grenzen stossen. Es wird angenommen, dass der Staat bei einer flächendeckenden Umstellung diesen Nachteil der Umstellungsbetriebe in der entsprechenden Phase finanziell ausgleichen würde. Zudem profitiert der Biolandbau auch heute schon von höheren Direktzahlungen, was längerfristig bei einer Totalumstellung zu erheblichen staatlichen Mehraufwendungen führt.

Aus all den angeführten Gründen kann ich das Postulat, so toll es auch auf den ersten Blick aussieht, nicht befürworten. ■

## Wem dient das kontraproduktive Machtgehabe der FBP?

Statt das Land zum Wohle der Menschen zu regieren, konzentriert sich die FBP darauf zu versuchen, andere zu diskreditieren. Das zeigt die Traktandenliste des Novemberlandtags leider ziemlich eindrücklich. Das taktische Vorgehen ist schnell erklärt.



Michael Winkler  
Parteisekretär

Im Wesentlichen haben wir der FBP-Fraktion im November-Landtag drei Traktanden zu verdanken. Zunächst der Traktandenpunkt 3, die Interpellation zum Thema Cyber-Mobbing an Liechtensteins Schulen. Offenbar hat man es damit auf die zuständige Regierungsrätin Dominique Hasler abgesehen. Cyber-Mobbing ist aber nicht nur ein Problem von Schulen, sondern vor allem auch im privaten Bereich. Mit ein wenig gutem Willen kann man dieser Interpellation aber trotzdem noch den Stempel «gut gemeint» verpassen.

### Fairness: Fehlanzeige

Spätestens bei Traktandum 6 hört aber dieser gute Wille der FBP auf. Über Nacht wurde aus der «Dis-

kussion zur personellen Situation bei Radio Liechtenstein», wie es ursprünglich auf der provisorischen Einladung noch hiess, die «Diskussion zur aktuellen Situation bei Radio Liechtenstein». Da Daniel Risch derzeit intensiv damit beschäftigt ist, beim Landessender für Ordnung zu sorgen, dürfte ihn das zu erwartende Kreuzfeuer im Sinne der Transparenz nicht beunruhigen.

Interessant ist die Änderung des Traktandums, die der Landtagspräsident eigenmächtig veranlasst hat, dennoch: Die VU beantragte nämlich nach dem Antrag der FBP zu Radio L ein «ebensolches Traktandum für den LED» (Zitat: Günter Vogt im Oktober-Landtag). Schliesslich fliesst beim LED bedeutend viel mehr Geld als beim Radio – und hier fand eine Fluktuation bei den Projektleitern von 100 Prozent statt. Hier hat aber der Landtagspräsident keine «Diskussion zur aktuellen Situation» traktandieren lassen. Hier steht nur

«personelle Situation». Ein Schelm, der Böses denkt. Gleichbehandlung scheint jedenfalls keine Stärke des Landtagspräsidenten zu sein, der seine Position hier abermals zur Durchsetzung von Parteiinteressen nützt.

### Bevölkerung, sei wachsam!

Abermals kräftig in den schwarzen Schmutzkübel wird bei Traktandum 28 gegriffen. Die FBP will hier der GPK einen Auftrag erteilen, den Regierungssentscheid zum Verzicht einer Klage hinsichtlich der Vorkommnisse bei der liechtensteinerischen Post AG zu untersuchen. Dies ist einmalig und zielt nicht nur gegen die Gesamtregierung, welche den Klageverzicht beschlossen hatte, ab. Die Rolle der drei FBP-Regierungsräte im Nachgang zu diesem Entscheid dürfte wohl ebenso interessant sein wie der Weg zur Entscheidung selbst. Bereits im Vorfeld hatte man den VU-Regierungschef-Stellvertreter in der FBP-Zeitung als ehemaliges Ge-

schäftsleitungsmitglied der Post zu Unrecht mit diesen Unregelmässigkeiten in Verbindung gebracht. Er war es nämlich, der die Probleme, die vor seinem Engagement bei der Post auftraten, am Ende löste.

Der Frust, dass niemand für die damaligen Vorgänge zur Rechenschaft gezogen wird, ist durchaus verständlich. Aufgrund der drohenden Aussichtslosigkeit eines Verfahrens ist es aber sachlich eine vernünftige Entscheidung. Am Ende wird aber eines klar: Die FBP versucht damit, VU-Vertreter in der Öffentlichkeit in Misskredit zu bringen. Denn die FBP zielt auf die VU-Vertreter, trifft aber am Ende die staatsnahen Institutionen – was am Ende wieder dem Staat und der Koalition selbst Schaden zufügt. Die Bevölkerung wird dieses destruktive Verhalten durchschauen und die Opposition reibt sich die Hände.

### Warum diese Mühen?

Weshalb muss sich die FBP solche Mühe geben, andere schlecht zu

machen? Ganz einfach! Weil sie beim Regieren ratlos agiert. Ihre Regierungsmitglieder nützen die eigenen Steilvorlagen nicht – das FBP-Postulat zu den Finanzzuweisungen und den Aufgabenentflechtungen zwischen Land und Gemeinden ist vom Finanzminister recht dürftig und mutlos beantwortet worden. Die Reiseposse zeigte die Uneinigkeit zwischen Regierungschef und Aussenministerin und schadete am Ende dem Ansehen des Landes.

Derweil versucht die VU mit dem Bürgerpaket – im Rahmen dessen kommende Woche der nächste Vorstoss präsentiert wird – wirklich Verbesserungen für die Bevölkerung herbeizuführen. Das bedeutet eben für die VU, das Land zu regieren. Doch von echter Regierungsarbeit scheint die Mehrheitspartei in der Regierung leider nichts wissen zu wollen. Ob die FBP noch vor dem Ende der «Phase des Gestaltens» in die Gänge kommt? Die Hoffnung stirbt zuletzt. ■